

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Zuhörer,

ich freue mich, Ihnen heute den Entwurf für das Haushaltsjahr 2021 einbringen zu können. Allerdings: Dieses Jahr ist alles anders. Ich muss mich kurz fassen. Wir haben Pandemiebedingungen, und so werde ich Ihnen die Langfassung der Haushaltsrede überlassen, aber für die öffentliche Sitzung nur eine etwas geraffte Darstellung geben.

Die Unsicherheiten, mit denen dieses Haushaltsjahr 2021 belastet ist, sind enorm. Die Septembersteuerschätzung brachte die erwarteten schlechteren „coronabedingten“ Zahlen. Der Haushaltserlass basiert darauf, und die Novembersteuerschätzung liegt seit wenigen Stunden vor. Derzeit haben wir bezüglich Steuern, Zuweisungen und gestiegenen Umlagen 2.162.000 Mio. weniger im laufenden Budget.

Unserer volkswirtschaftlichen Verantwortung gerecht werdend, wäre es nicht in Ordnung, wenn wir angesichts der schieren Zahlen jetzt eine Vollbremsung vollziehen würden. Dies hätte gesamtwirtschaftlich gedacht – vor allem, wenn das jede Kommune tut – und die sind weitgehend alle gleichermaßen betroffen - beachtliche Folgen.

Dennoch fühlt man sich nicht wohl, wenn die Ausgaben fortgeführt werden, während die Einnahmen dahinter zurückbleiben.

Insofern haben wir uns sehr strukturiert aufgestellt:

Wir führen nur das fort, was notwendig ist, schon begonnen ist.

Wir sehen auf die Investitionen, die von Zuschüssen abhängen und gefährdet wären, wo es vertragliche Bindungen oder gesetzliche Fristen gibt, und planen weiter, damit wir nach der Pandemie wieder starten können. Wir versuchen, Strukturen zu erhalten und Entwicklungen nicht abzuwürgen.

Wir machen das, was aus Gründen der Sicherheit geboten ist, wie Feuerwehr oder Brandschutz im Rathaus oder den Hallen.

Für neue Dinge bleibt kein Raum und

wir haben auch geplante Dinge zurückgestellt.

Die Investitionstätigkeit umfasst dennoch eine Rekordsumme von 13.924 Mio €,

Im Ergebnishaushalt benötigen wir 29.490.000 €,

zusammen also 43.414.400 €. Ein Rekordhaushalt.

Aber wir sind im Ergebnishaushalt weit weg von einer Ausgeglichenheit. Es fehlen uns zum Ausgleich 1,473 Mio. Euro!

Die Abschreibungen (1,326 Mio.) können nicht erwirtschaftet werden. Somit fehlen 2,8 Mio. €!

Die Möglichkeiten zum Sparen sind sehr eng begrenzt:

Weder Personalkosten,

noch Kindergärten,

noch ÖPNV

- die drei Hauptbrocken - lassen sich kurzfristig effektiv beeinflussen und wenn, dann nur mit sehr verzögerter Wirkung.

Alle Verbrauchspositionen haben wir knapp angesetzt, von der Straßenbeleuchtung über Strom und Gas bis hin zum Gebäudemanagement, den Veranstaltungen und der Gewässerunterhaltung. Neues wurde nicht zugelassen, Ansätze teilweise reduziert. Nicht eingegriffen haben wir in den Bereich Vereinszuschüsse, Sachkostenbeiträge Schulen, Jugendarbeit, Feuerwehr. Dennoch, auch hier wären weitere Eingriffe möglich. Wir wollen aber keine Strukturen zerstören, sondern erhalten.

Wenn weitere Ausgabenkürzungen unausweichlich sind - zum Beispiel bei weiter sich verschlechternder Einnahmesituation - dann müssten auch diese Dinge auf den Prüfstand.

Insofern haben wir durch die Krise ein konjunkturell bedingtes Einnahmeproblem. Fachleute sagen, der Konjunkturverlauf gleiche einem V, wobei wir hoffentlich davon ausgehen dürfen, dass wir die Talsohle mit 2020 erreicht haben (BIP minus 5,5 %), 2021 folgende steigt es wieder (BIP plus 4,4 %, je nach Verlauf der Pandemie). Hoffen wir mal, dass kein U mit langer Talsohle kommt und kein W, also erst weitere Rückschläge.

Wir haben aber auch ein strukturelles Einnahmeproblem. Dies bestätigt uns auch der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, die anregt, die Steuereinnahmemöglichkeiten der Gemeinde mehr auszuschöpfen. Ursprünglich wollten wir deshalb eine **moderate Erhöhung der Grundsteuer** vorschlagen (vorgeschlagen waren 30 Punkte - das sind nicht 30 %, sondern 10 %, nämlich von 300 % auf 330%, und bedeutet bei einem Einfamilienhaus 20 €/Jahr zusätzliche Belastung).

Wir würden damit jedes Jahr ca. 113.000 Euro Mehreinnahmen zur Verfügung haben. Das rettet den Haushalt jetzt auch nicht, aber langfristig kommen wir um diese Maßnahme evtl. nicht herum. Alleine im mittelfristigen Finanzzeitraum würde das schon 450.000 Euro ausmachen. Nachdem die jetzt vorliegende Novembersteuerschätzung auf den ersten Blick aber keine Verschlechterung, sondern eher eine leichte Verbesserung ankündigt, sind wir der Meinung, man könnte die Grundsteuer vorerst belassen (Mai-Steuerschätzung abwarten) und dann bei einer weiteren Verschlechterung über einen Nachtrag reagieren. Als Reserve. Das wäre bis 30.06.2021 rückwirkend möglich.

Wir benötigen auch, wie es früher so schön hieß, eine **Entnahme aus der Rücklage**. Das heißt, wir reduzieren unsere Liquidität um 1,875 Mio. Euro.

Außerdem müssen wir zur Fortsetzung unserer Investitionen **Kredite** aufnehmen und, eine Besonderheit, wir machen auch eine Kapitalanlage, nämlich **eine Beteiligung bei Netze BW**, für zunächst fünf Jahre, dann Rückzahlung und Tilgung oder

Verlängerung, so mein Vorschlag, der uns auch Erträge bringt. Das ist jährlich so viel wie die Grundsteuererhöhung. Die Mittel dazu kommen aus einem Kredit von 4 Mio. €, der aktuell zu 0,39 % Zins aufgenommen werden könnte, aber Nettoerträge pro Jahr von ca. 107.000 € (nach Steuern) bringen würde.

Wenn wir die **Investitionen wie geplant fortführen, benötigen wir weitere 2,3 Mio. € Kredit**, zusammen somit 6,3 Mio. €.

Die **Verschuldung** steigt dann von jetzt 2.080 Mio. € auf 8.266 Mio. €.

Nächstes Jahr werden nochmals 2.000.000 € Kredit vorgeschlagen, ab dann sinkt die Verschuldung wieder.

Wir schlagen Kreditaufnahme vor statt Reduzierung der Liquidität (Entnahme aus der Rücklage). Das ist momentan auch günstig, aber vor allem vorsichtiger. Man braucht auch Reserven.

Unsere **Liquidität** liegt jetzt bei 5.057.982 und am Ende des Jahres 2021 bei 3.224.962 €. Am Ende des Finanzplanungszeitraumes Ende 2024 aber wieder bei 4.303.467 €.

Wir werden außerdem durch einen sehr positiven Jahresabschluss 2019 die Möglichkeit haben, die sich abzeichnenden Verluste aus 2020 auszugleichen und vielleicht noch etwas über zu haben.

Das Gesamtvolumen der drei Teilhaushalte im Ergebnishaushalt beträgt 29.490.000 €.

Die großen Kostenblöcke:

Personalkosten: Nachdem jetzt die Tarifabschlüsse vorliegen, liegt die Tarifierhöhung genau im Bereich unserer Hochrechnung, 6.443.300 € im Kernhaushalt.

Stellenplan: Es gibt drei Änderungen: nämlich eine Stelle für einen **Klimamanager**, zur einen Hälfte für uns, die andere Hälfte wird hoffentlich von einer anderen Kommune getragen (wir

schlagen eine Besetzung im geh. Dienst – bachelor of arts public administration - vor, da vielseitig verwendbar).

Außerdem gibt es voraussichtlich Zuschüsse (65 %), und es gibt eine teilweise Reduzierung einer Stelle im vorhandenen Mitarbeiterbereich und hoffentlich eine Kofinanzierung durch eine andere Gemeinde. Somit wäre das zunächst kostenneutral. Im Bereich Klimaschutz halte ich eine Initiative unbedingt für erforderlich. Die Besetzung wird natürlich erst vorgenommen, wenn alles klar ist. Das kann auch erst Ende des Jahres 2021 sein, aber wir hätten so die Möglichkeit zu reagieren.

Außerdem wollen wir gemeinsam mit Hambrücken, das habe ich schon erwähnt, die Stelle des **Gemeindevollzugsdienstes** besetzen. Dafür wurde eine Stelle ausgebracht, die zur Hälfte von Hambrücken ersetzt wird.

Für zwei ausscheidende Mitarbeiter werden, um einen Übergang zu ermöglichen, vorübergehend für das Jahresende zwei zusätzliche Stellen ausgewiesen, um die Nachfolger einstellen zu können. Diese Stellen fallen dann wieder weg.

Und: Wir wandeln **außerdem im Bereich IuK die Ausbildungsstelle in eine feste Stelle** um. Arbeit im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung und Schulen ist derzeit über die Maßen vorhanden.

Kindergärten: Die Gemeindeanteile betragen 2020 2.824 Mio. € und steigen im Jahr 2021 nochmals um 30.000 Euro. Die Landeszuschüsse betragen 2.281 Mio. €, die Elternbeiträge liegen mit 998.600 fast bei 1 Mio. (ca.16,26 %) bei 6.140850 € Gesamtkosten. Die Elternbeiträge werden wegen der Krise erst zum Jahreswechsel erhöht, außerdem sind sie noch weit unter den verabredeten 20 %.

Der **ÖPNV-Defizit-Anteil** steigt gegenüber den Anforderungen 2020 um weitere 40.000 Euro auf 546.000 Euro. Das wird angesichts der Entwicklungen in der Mobilität (Verkehrswende) so weiter gehen (müssen).

Die wichtigsten Veränderungen im Ergebnishaushalt:

Für Personal, Straßenbeleuchtung, Reinigung, EDV, Sach- und Dienstleistungen, Bauleitplanung, Abschreibung ÖPNV, Kindergärten, Mitgliedsbeiträge, Zinsen und Verwarentgelte etc. benötigen wir 800.000 € mehr.

Höhere Erträge aus Gebührensteigerungen, Mehreinnahmen etc. liegen bei nur 185.000 €.

Investitionsschwerpunkte

1. Gerätewagen Feuerwehr 300.000 €
2. Sanierung unseres Schulzentrums, die Hauptbaumaßnahme. Hier haben wir insgesamt für mehr als 7 Mio. Euro bereits Gewerke vergeben. 10,68 Mio. Euro sind berechnet, 2021 2,5 Mio. Euro.
3. Digitalpakt Schule: Hier erhalten wir 467.000 Euro auf zwei Haushaltsjahre verteilt. Ein Medienentwicklungsplan ist noch zu erstellen. 20 % muss die Gemeinde selbst aufbringen. Unser Eigenanteil beträgt somit 2021 und 2022 je 59.500 Euro bei Invest von 292.000 €.
4. Haltepunkte Stettfeld-Weiher und Ubstadt-Weiher: Restfinanzierung: 2021 und 2022 je 446.250 €.
5. Gewerbegebiet Sand: Hier haben wir ein günstiges Ausschreibungsergebnis erhalten. Dennoch müssen 270.000 € veranschlagt werden und 230.000 € für den Ökoausgleich. Natürlich bekommen wir das Geld bei den Verkäufen wieder.
6. Sanierung Rathaus Brandschutz, etc., rund 150.000 € und Ersatz des Fahrradabstellplatzes weitere 30.000 €.
7. Brückensanierungen: Weiherer Straße und Salzbrunnensstraße sind erledigt. Im Jahr 2021 ist noch eine Restfinanzierung für die Brücke über die Kolpingstraße mit 84.800 € erforderlich, die bereits ausgeschrieben ist.

8. Kindergärten, 79.000, darunter Erweiterung des Außengeländes in Zeutern und neue Heizung für St. Wendelin Weiher.
9. Hochwasserschutz an der Kraichbach: Wir nähern uns der Genehmigungsplanung und brauchen weitere Planungsdaten. Dann wird die Umsetzung federführend vom Land gemacht. Die Gemeinde muss sich daran beteiligen. 2021 sind folgende Beträge vorgesehen: 190.000 €.
10. Rückhaltebecken Besingbach: Gehen wir mit 324.000 Euro an. Der Zuschussantrag wird jetzt gestellt.
11. Starkregenkonzept: wird 2021 fertig, für Sofortmaßnahmen: 20.000 €.
12. Baugebiete Weiher-Nord und Tiefeweg - siehe hierzu auch die Grundstücksbilanz.
13. LSP Ubstadt für Privatmaßnahmen 100.000 €.
14. LSP Zeutern: Hier Maßnahme in der Ortsmitte als Nachfolge des alten Feuerwehrareals.
Außerdem Privatmaßnahmen 60.000 €.
15. Förderprogramm zur Stärkung der Ortskerne wird fortgeführt. 20.000 €, noch zu debattieren: Fördern wir den Rückbau von Schottergärten?
16. Fußgängerüberweg beim Sportplatz Weiher 35.000 €.
17. Brandschutz in den Hallen 100.000 €.
18. Barrierefreie Bushaltestellen 140.000 € (100.000 € Weiher, 40.000 € Ubstadt).
19. Breitband 100.000 € Leerrohr und 105.000 € Anbindung Schulzentren, 30.000 € netto für Gewerbegebiet Sand.
20. Wir haben viele Kleinmaßnahmen.
21. Grundstücksbilanz: Sie ist durch die Baugebiete aufgebläht, aber positiv und trägt zur Finanzierung jetzt und in den Folgejahren bei
Einnahmen: 4.440.000€
Ausgaben: 4.067.700€

Verschobene Maßnahmen:

Ortsmitte Weiher: Um ein Jahr verschoben. Es ist finanziell nicht möglich, 2021 zu beginnen. Stattdessen eine Planungsrate und ein ELR-Antrag, der geplante Vollzug dann in den Folgejahren (950.000 bis 1 Mio. €).

K3586 (Kreistraße Zeutern-Östringen): Hier ist auch ein Vollzug 2021 nicht möglich. Lediglich die Fahrbahn zwischen Östringen und Zeutern außerorts wird gemacht. Die Planung wird 2021 erstellt, 2022 dann die restliche Umsetzung.

Die bisher vorgesehene Maßnahme **Sanierung Fachwerkhaus Zeutern** mit 225.000€ muss zunächst verschoben werden.

Radwegbeleuchtung Ubstadt-Stettfeld und in Folge Stettfeld – Zeutern.

Was ist, wenn es noch viel schlimmer kommt? Wenn eine tiefgreifende Rezession sich abzeichnet?

Unsere Strategie wäre: Zunächst nicht die kompletten Ausgabenansätze zur Bewirtschaftung freizugeben. So bliebe eine gewisse Reserve, das kann zwar nicht überall erfolgen - dort wo Verträge bestehen, geht das nicht, aber in manchen Bereichen schon, zum Beispiel bei der Gebäudeunterhaltung, bei der Ausstattung, bei Grünanlagen, etc. Einsparungen suchen bzw. generieren, Mehreinnahmen schaffen durch Steuern, mittels Nachtrag, weiterer Verzicht auf Maßnahmen.

Letzter Schritt: Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen (Vereine).

Eigenbetriebe:

- a. Beim Hardtsee ist es gelungen, trotz Corona 2020 die Verluste erträglich zu halten. Wir versuchen, 2021 gegenzusteuern. Wir müssen auch die Einnahmen aufgrund gestiegener Kosten erhöhen. Das geht nur durch Anpassung der Entgelte. Der Betrieb muss auch langfristig funktionieren. Wir investieren über 200.000 Euro in ein zukunftsfähiges Eingangs- und Ausgangskontrollsystem, das auch Coronabedingungen gerecht wird.
- b. Abwasser: Die Abwassergebühr kann belassen werden. Wir investieren hauptsächlich in die Erschließung des Gewerbegebietes Sand, aber auch in die Regenüberlaufbecken.
- c. Wasser: Auch hier konnte der Gebührenteil stabil gehalten werden.
- d. Pflegeheim: Es ist langfristig gesichert.

Weiteres Vorgehen: Bürgergespräch: Es war am 26.11. vorgesehen, ist momentan allerdings schwierig wegen Corona, dafür bieten wir persönliche Terminvereinbarungen mit dem Kämmerer an, dies können dann Einzelgespräche oder definierte Gruppen sein.

Verabschiedung am 15. Dezember 2020. Genehmigung wird im Laufe des Frühjahres erwartet.

Ich danke Ihnen!